

Bürgerschaftliches Engagement in der Energiewende der Kohleregionen stärken: Zwei Forschungsprojekte erkunden den Wandel und setzen Impulse für die Zukunft

Jörg Radtke • Emily Drewing • David Löw Beer

Herausforderung der Energiewende in den Kohleregionen

Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in Deutschland stellt die betroffenen Regionen, insbesondere die Lausitz und das Rheinische Revier, vor tiefgreifende Herausforderungen. Diese Regionen waren über Jahrzehnte stark von der Kohleindustrie geprägt, die nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sondern auch identitätsstiftend für die lokalen Gemeinschaften war. Der Kohleausstieg, der im Anschluss an die Empfehlungen der Kohlekommission beschlossen wurde, ist ein notwendiger Schritt zur Umsetzung der Klimaziele. Für die Reviere bedeutet er soziale, wirtschaftliche und kulturelle Umbrüche. Zugleich sind weltweit in keinem Kohleausstiegsprozess mehr Fördermittel für die betroffenen Regionen vorgesehen als in Deutschland.

Die 2018/2019 von der Kohlekommission ausgearbeiteten Empfehlungen zielten darauf ab, einen Kompromiss zu finden, der die Interessen von Industrie, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft berücksichtigt. Forschungsergebnisse des Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit (RIFS) in Potsdam zeigen jedoch, dass die lokale Bevölkerung sich in den Entscheidungsprozessen der Kohlekommission nicht ausreichend berücksichtigt fühlt (1). Obwohl die Perspektiven der Bürger*innen über Besuche einflussreicher Akteur*innen, Meinungsumfragen und Studien ermittelt wurden, fühlen sich viele Menschen von den Entscheidungen »überrollt« und haben den Eindruck, dass ihre lokalen Identitäten, ihre Verbundenheit mit der Region und ihre kulturellen Traditionen nicht angemessen gewürdigt wurden. Es mangelt – womöglich auch aufgrund dieser Defizite der Bürgerbeteiligung – nunmehr an Vertrauen in die demokratischen Prozesse, was sich negativ auf die Akzeptanz der Energiewende und des Strukturwandels auswirken könnte. Für einen erfolgreichen Strukturwandel sind neue Strategien notwendig, die eine stärkere Bürgerbeteiligung ermöglichen.

Die Rolle der Bürgerenergie im Strukturwandel

Die Transformation der Kohleregionen zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaftsweise erfordert innovative Ansätze und die aktive Einbindung der lokalen Bevölkerung. Bürgerenergie, verstanden als die Beteiligung von Bürger*innen an der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energie, kann zu einem gelingenden Strukturwandel beitragen. Die Kohleregionen bieten aufgrund ihrer geografischen und infrastrukturellen Gegebenheiten vielfältige Potenziale für die Entwicklung von Bürgerenergieprojekten. Eine besondere Chance ergibt sich aus den großen, nach dem Ende des Kohleabbaus verfügbaren Flächen, die für erneuerbare Energieprojekte genutzt werden können. Ein Beispiel für die innovative Nutzung solcher Flächen sind Solar-Carports und Zaunanlagen, die nicht nur zur Energieerzeugung beitragen, sondern auch bereits versiegelte Flächen optimal nutzen. Diese Projekte können insbesondere in städtischen Bereichen der Kohleregionen, in denen Flächen begrenzt verfügbar sind, eine sinnvolle Ergänzung zu herkömmlichen Solaranlagen darstellen. Weitere Potenziale für städtische Räume liegen in der Entwicklung von Mieterstrommodellen, mittels derer vor Ort erzeugter

Solarstrom direkt an die Mieter*innen weitergegeben und so eine deutliche Reduzierung der Energiekosten und eine Erhöhung der Akzeptanz erreicht werden kann. Ebenso ermöglicht eine gemeinschaftliche Gebäudeversorgung (GGV), die von der Bundesregierung unterstützt wird, den Bewohner*innen von Mehrfamilienhäusern, den auf ihren Dächern erzeugten Strom ohne zusätzliche Abgaben selbst zu nutzen.

In ländlichen Räumen können durch die Gründung von Energiegenossenschaften, die Beteiligung an Solar- und Windparks oder den Bau von Nahwärmenetzen Bürger*innen direkt und mit unmittelbar spürbaren Positiven in die Energiewende eingebunden werden («vom Wandel profitieren»). Je nach Ausgestaltung schaffen solche Projekte nicht nur Arbeitsplätze, sondern fördern auch die regionale Wertschöpfung und stärken das Gemeinschaftsgefühl, kurzum: sie unterstützen einen gemeinwohlorientierten Strukturwandel. Zugleich zeigen Untersuchungen, dass rein bürgergetragene Energieprojekte hohe Anforderungen an Initiator*innen und (aktive) Mitglieder stellen. Es braucht für die Gründung und erfolgreiche Entwicklung von Bürgerenergieprojekten eine Gruppe kooperativer, motivierter Bürger*innen mit viel freier Zeit, entsprechendem Fachwissen, verfügbarem Kapital und belastbaren Netzwerken. Gemäß Studien zu den Mitgliedern von Bürgerenergieprojekten Frauen, jüngere Personen sowie Menschen mit niedrigerem Bildungsstand und niedrigerem Einkommen bislang unterrepräsentiert. Projekte in Kooperation mit etablierten Akteur*innen, zielgruppensensible Mitgliederwerbung sowie niedrige Mitgliedsbeiträge können helfen, Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen für Bürgerenergie zu begeistern. Um zu verhindern, dass neue Bürgerenergieprojekte bestehende Ungleichheiten und Polarisierungen vertiefen, braucht es indes ein vertieftes Verständnis der Situation vor Ort sowie der Bedürfnisse designierter Mitglieder.

Die Forschungsprojekte BEST und CREATE:ENERGY: Neue Ansätze zur Erforschung und Stärkung der Bürgerenergie

Die zwei Forschungsprojekte BE:ST («Bürger-Energie: Strukturstärkung und Teilhabe») (2) und CREATE:ENERGY («Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen») zielen darauf ab, Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende zu fördern und die Potenziale der Bürgerenergie in den Kohleregionen zu erschließen. In beiden Projekten arbeiten Wissenschaftler*innen der BTU Cottbus, RWTH Aachen, Bergischen Universität Wuppertal, des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung und des Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit (RIFS) in Potsdam sowie zahlreiche Kooperations- und Praxispartner*innen aus den Regionen zusammen. Die Projekte mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt sind in dieser Form einzigartig und stellen einen neuen Ansatz dar, die Energiewende und demokratische Aspekte des Strukturwandels in den Kohleregionen einerseits wissenschaftlich zu durchdringen und andererseits Prozesse forschend zu begleiten und zu initiieren.

Das Projekt BE:ST analysiert, wie Bürgerenergieprojekte in der Lausitz und im Rheinischen Revier zur Strukturstärkung beitragen können. In den Anfangsjahren der Energiewende konnten viele Menschen durch Bürgerenergieprojekte direkt von der Energiewende profitieren. In den letzten Jahren ist diese Dynamik allerdings ins Stocken geraten. Gesetzliche Änderungen und Marktbedingungen, die kleine Akteur*innen benachteiligen, haben dazu geführt, dass weniger neue Projekte initiiert wurden.

Das Projekt BE:ST untersucht vor diesem Hintergrund die sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, die Bürgerenergieprojekten insbesondere in Braunkohleregionen zuträglich sind. Dazu wurden Interviews mit zentralen Akteur*innen in den Regionen geführt. Die befragten Personen, die entweder selbst Bürgerenergieprojekte organisieren oder zur Förderung solcher Projekte entscheidende Positionen innehaben,

unterstreichen die Bedeutung erschwinglicher, fachkundiger Gründungsbegleitung über einen längeren Zeitraum, aufgeschlossener Kommunal- und Kreisverwaltungen sowie engagierter Kooperationspartner*innen und belastbarer Netzwerke. Das Interesse der Bevölkerung an Bürgerenergieprojekten wird im Allgemeinen als ausgeprägt eingeschätzt, wobei die Mitgliedsbeiträge nicht zu hoch angesetzt und keine allzu aktive Beteiligung erwartet werden sollten. Die Rolle großer Energiekonzerne, die in beiden Regionen nach wie vor einflussreich sind, bewerten die Interviewten ambivalent: sie können Projekte ermöglichen, aber auch verhindern. Angesichts aktuell häufig beobachteter Ressentiments gegenüber »grünen« Themen lohnt es sich nach Einschätzung der Befragten, die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile von Bürgerenergieprojekten in der öffentlichen Debatte in den Vordergrund zu stellen. Im weiteren Projektverlauf werden regionalökonomische Potenziale von Bürgerenergieprojekten ermittelt. Zwei repräsentative Befragungen untersuchen soziale Akzeptanzfaktoren, Mentalitäten und Einstellungen gegenüber finanziellen Beteiligungsmodellen in beiden Regionen. Schließlich wird in einem Bürgerrat die »regionale Zukunft der Bürgerenergie« mit per Los ausgewählten Bürger*innen aus dem Rheinischen Reviers ausgelotet. Die Ergebnisse fließen in ein Bürgergutachten, das Leitbilder und Roadmaps für vorbildliche Prozesse der Teilhabe in sozial robusten Empfehlungen zusammenfasst, und werden öffentlichkeitswirksam vermittelt.

Das Projekt CREATE:ENERGY bindet Bürger*innen in der Lausitz und im Rheinischen Revier direkt in den Forschungsprozess ein. Mittels digitaler und analoger Plattformen können sich Bürger*innen aktiv an der Planung und Umsetzung von Energieprojekten beteiligen. Der Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung von Genossenschaftsmodellen und einer innovativen digitalen Plattform, die Bürger*innen Informationen über Energieprojekte bereitstellt. Analoge Plattformen wie Bürgerdialoge und Workshops fördern die soziale Dynamik in den Regionen.

CREATE:ENERGY legt besonderen Wert darauf, die spezifischen Entwicklungswünsche der Bürger*innen zu berücksichtigen und so einer »aufoktroierten« Energiewende entgegenzuwirken. Übergreifendes Ziel ist es, nicht nur technische Lösungen für die Energiewende zu entwickeln, sondern auch die demokratische Teilhabe zu stärken und das Vertrauen der Bevölkerung in einen für alle gewinnbringenden Strukturwandel zu fördern.

Gelingensfaktoren für Bürgerenergie in Kohleregionen

Erfolgreiche Bürgerenergie in den Kohleregionen erfordert:

- 1. Bessere Ausstattung von Kommunen:** Kommunen können als Partnerinnen von Bürgerenergieprojekten agieren und etwa durch die Bereitstellung von Flächen und Fördermitteln sowie die Unterstützung bei Genehmigungsverfahren die Umsetzung solcher Projekte erleichtern. Zudem ist die frühzeitige und umfassende Einbindung der Bevölkerung in die Planungsprozesse entscheidend, um die Akzeptanz der Projekte zu gewährleisten. Dafür benötigen die Kommunen aber zusätzliche finanzielle Mittel. Ebenso sind Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene gefragt, die gezielt Bürgerenergieprojekte unterstützen.
- 2. Vereinfachte rechtliche Rahmenbedingungen:** Gründung und Betrieb von Energiegenossenschaften sollten erleichtert, bürokratische Hürden abgebaut und Bürger*innen bei der Umsetzung ihrer Projekte rechtlich möglichst günstig beraten werden.
- 3. Kooperationen:** Kooperationen zwischen Bürgerenergiegenossenschaften, Kommunen, regionalen Unternehmen und der Wissenschaft können Synergien schaffen und Wissenstransfer fördern. Netzwerke auf regionaler und überregionaler Ebene erhöhen die Sichtbarkeit und Akzeptanz von Bürgerenergieprojekten.

Zudem bieten sie Plattformen für Erfahrungsaustausch, gemeinsame Strategieentwicklung und Ressourc**en**bündelung und helfen, politische Unterstützung zu mobilisieren.

5. Drei Ansätze zur Stärkung der Bürgerenergie in den Kohleregionen

Basierend auf bisherigen Erkenntnissen leiten wir drei Ansätze für eine bürgernähere Energiewende in den Regionen ab:

- 1. Förderung von Energiegenossenschaften:** Durch den gemeinschaftlichen Betrieb von Energieanlagen können Bürger*innen nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern auch finanziell von den Projekten profitieren. Um Energiegenossenschaften in den Kohleregionen zu fördern, sollten bürokratische Hürden abgebaut und gezielte Förderprogramme aufgelegt werden.
- 2. Partizipation und demokratische Teilhabe stärken:** Um das Vertrauen in den Strukturwandel zu erhöhen, ist es entscheidend, die Bürger*innen stärker in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Dies kann etwa durch Bürgerforen, lokale Bürgerräte und partizipative Planungsverfahren geschehen, die den Menschen vor Ort die Möglichkeit geben, ihre Ideen und Wünsche einzubringen.
- 3. Entwicklung von IT-gestützten Planungs- und Umsetzungsplattformen:** Die Digitalisierung bietet große Chancen für die Bürgerbeteiligung an Energieprojekten. Eine digitale Plattform, die alle relevanten Informationen bündelt und den gesamten Planungsprozess begleitet, könnte Kommunen, Bürger*innen und weitere beteiligte Akteur*innen dabei unterstützen, Energieprojekte abgestimmt, effizient und transparent zu realisieren.

Ausblick: Perspektiven für die Bürgerenergie und die Zukunft der Kohleregionen in Deutschland

Die Forschungsprojekte BE:ST und CREATE:ENERGY sind noch nicht abgeschlossen. Schon jetzt zeigt sich, dass der Ansatz einer aktiven Begleitung im Sinne einer partizipativen Energiewende vielversprechend ist. In den kommenden Jahren werden die Projekte auf Basis ihrer Forschungsergebnisse Handlungsempfehlungen zur Erprobung und Weiterentwicklung in konkreten Pilotvorhaben formulieren.

Durch die gezielte Förderung von Bürgerenergieprojekten, die Unterstützung durch Kommunen und die aktive Zusammenarbeit verschiedener Akteur*innen können neue Arbeitsplätze geschaffen, die regionale Wirtschaft gestärkt und innovative und nachhaltige Energielösungen entwickelt werden, die weit über die Region hinausstrahlen.

Anmerkungen

(1) Die Ergebnisse wurden wie folgt publiziert in Journalen: Radtke, Jörg, und Martin David. 2024. How Germany is phasing out lignite: insights from the Coal Commission and local communities. Energy, Sustainability and Society 14:7. doi.org/10.1186/s13705-023-00434-z.

Radtke, Jörg, und David Löw Beer. 2024. Legitimizing sustainability transitions through stakeholder participation: Evaluating the Coal Commission in Germany. Energy Research & Social Science 116:103667. doi.org/10.1016/j.erss.2024.103667.

(2) Das Projekt wird gefördert von Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages) im Rahmen des Energieforschungsprogramms der Bundesregierung im Schwerpunkt »Energiewende und Gesellschaft« (Laufzeit: 2023-2025). Nähere Informationen zum Projekt finden sich unter www.rifs-potsdam.de/de/forschung/buerger-energie-strukturstaerkung-und-teilhabe

Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages) im Rahmen des Programms »Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen« (KoMoNa) (Laufzeit: 2024-2027). Nähere Informationen zum Projekt finden sich unter www.b-tu.de/fg-umweltrecht/projekte/createenergy/ein-transdisziplinaeres-citizen-sciences-20-projekt

Autor/innen

Dr. Jörg Radtke, Emily Drewing, Dr. David Löw Beer - Forschungsgruppe Demokratisches Regieren und Handeln am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) in Potsdam.

Kontakt:

Internet: www.rifs-potsdam.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de